

dietiker Limmatpost



FREIHEIT SOLIDARITÄT VERANTWORTUNG

Editorial



Am 3. März stehen Abstimmungen an, die Sie und mich direkt betreffen oder bei denen wir uns sehr gut einfühlend können. Es sind 2 eidgenössische und 4 kantonale Abstimmungen. Die Antworten wären sehr einfach zu fällen, wenn der Vorlagen-Titel abschliessend auch den Inhalt beschreiben würde. Versuchen Sie es trotzdem: Titel lesen und JA oder NEIN hinschreiben:

- Will ich mehr Geld aus der AHV?
- Will ich länger als 65 Jahre arbeiten?
- Sollen Polizei-Kosten bei Demos,

Kundgebungen, Hausbesetzungen verursachergerecht überwältigt werden?

- Sollen Uferwege allen zur Verfügung stehen und ökologisch aufgewertet werden?
- Sollen zwei Pisten des Flughafens Zürich aus Sicherheitsgründen verlängert werden?
- Sollen neue Voraussetzungen für die Wählbarkeit von RichterInnen in der kantonalen Verfassung verankert werden?

Beantworten Sie die Fragen nach dem Lesen der Lipo noch einmal. Wahrscheinlich werden Sie Ihre Ersteinschätzung bei der einen oder anderen Vorlage verändern. Es gibt Themen, die aus staatspolitischer

Sicht die Eigeninteressen verändern (können). Weiter ist wichtig auch zu wissen, dass die Mitte zwei Volksinitiativen – eine zur AHV – laufen hat, die für Ehepaare grosse Wirkung erzielen werden, würden sie angenommen. Die Taube auf dem Dach oder der Spatz in der Hand ... Sie sind also gefordert, wo Sie nun zustimmen oder ablehnen wollen. Ich wünsche Ihnen dazu viel Spass beim Sortieren der JA oder NEIN Argumente. Am Schluss der Lipo haben wir unsere Empfehlungen dazu festgehalten.

Ich wünsche Ihnen viel Spass beim Lesen der Lipo (Lipo steht für Limmatpost).

Reto Siegrist, Stadtrat

Die AHV zwischen Reformen und Initiativen



Mehr als 2,5 Millionen Pensionierte erhalten aktuell eine Altersrente der AHV. Total wurden im Jahr 2022 44,2 Milliarden Franken in Form von Altersleistungen aus der ersten Säule ausbezahlt. Die Politik soll dafür sorgen, dass das Fundament unserer Altersvorsorge auch in Zukunft stabil bleibt und dem gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wandel standhält.

Von Andreas Habegger, Experte für Finanzplanung & Vorsorge

Die im Umlageverfahren finanzierte AHV steht vor grossen Herausforderungen. Erstens nimmt die Zahl der Pensionierten schneller zu als die Zahl der Erwerbstätigen, die in die AHV einzahlen. Zweitens müssen mit der steigenden Lebenserwartung die Renten länger ausbezahlt werden. Mit Annahme der Reform zur Stabilisierung der AHV (AHV 21) hat das Stimmvolk einen ersten Schritt gemacht. Die Erhöhung des Frauenrentenalters und die Anhe-

bung der Mehrwertsteuer stabilisieren die Finanzen der AHV bis ins Jahr 2030. Der Bundesrat wurde bereits beauftragt, dem Parlament bis Ende 2026 eine Vorlage zur Stabilisierung der AHV für die Zeit von 2030 bis 2040 zu unterbreiten. Bis dahin ist es aber nicht ruhig um die AHV. Am 3. März 2024 befindet sich das Stimmvolk gleich über zwei Initiativen, welche massgeblichen Einfluss auf die finanzielle Situation der AHV haben.

Was können wir uns leisten?

Die vom Schweizerischen Gewerkschaftsbund eingereichte Initiative «Für ein besseres Leben im Alter» verlangt, dass alle Rentnerinnen und Rentner Anspruch auf eine 13. AHV-Rente haben. Die maximale Altersrente würde für Einzelpersonen um 2'450 auf 31'850 Franken und für Ehepaare um 3'675 auf 47'775 Franken pro Jahr steigen. Gleichzeitig bestimmt die Initiative, dass die Ergänzungsleistungen nicht gekürzt werden dürfen. Die Frage der Finanzierung lässt die Initiative offen.

Mit Einführung im Jahr 2026 belaufen sich die prognostizierten Kosten für die 13. AHV-Rente auf 4,1 Milliarden Franken. Diese würden danach rasch zunehmen. Ohne zusätzliche Finanzie-

rung resultiert bereits ab dem Jahr 2027 ein negatives Betriebsergebnis, welches über den AHV-Ausgleichsfonds gedeckt werden müsste. Die Kapitalreserve würde bis ins Jahr 2033 von gut 47 auf rund 28,5 Milliarden Franken absinken.

Die Finanzierung unserer Altersvorsorge auf dem heutigen Niveau dürfte genügend herausfordernd sein. So sehen es auch Bundesrat und Parlament. Sie sehen aktuell keinen finanziellen Spielraum und empfehlen die Initiative zur Ablehnung.

Koppelung des Rentenalters an die Lebenserwartung als Lösung?

In die andere Richtung geht die Initiative «Für eine sichere und nachhaltige Altersvorsorge» der Jungfreisinnigen. Sie sieht die schrittweise Anhebung des Rentenalters für Frauen und Männer auf 66 Jahre bis ins Jahr 2033 vor. Danach soll dieses verfassungsmässig an die Entwicklung der Lebenserwartung gekoppelt werden.

Die Initiative soll die Finanzierung der AHV nachhaltig sichern. Allein die Erhöhung des Rentenalters auf 66 Jahre würde die Ausgaben um rund 2 Milliarden Franken reduzieren. Mit den

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 1

automatischen Anpassungen des Rentenalters an die steigende Lebenserwartung würde die AHV zusätzlich entlastet.

Trotzdem empfehlen Parlament und Bundesrat die Initiative zur Ablehnung. Sie sind der Meinung, dass eine Regelung auf Verfassungsstufe den Spielraum bei veränderten Situationen zu stark

einschränkt und beispielsweise die soziale Lage und die Situation auf dem Arbeitsmarkt nicht berücksichtigt wird. Zudem reicht eine Erhöhung des Referenzalters als einzige Massnahme nicht aus, die AHV-Finanzierung nachhaltig zu sichern.

Es braucht ausgewogene Reformen

Bei einseitigem Rumreissen des Ruders

besteht die Gefahr, dass die AHV das gesellschaftliche Vertrauen verlieren und vom Kurs abkommen könnte. Die Stellschrauben bei unserem wichtigsten Sozialwerk müssen mit politischem Feingefühl auf diversen Ebenen justiert werden. Wer seine eigene Altersvorsorge gesichert haben möchte, ist zudem gut beraten, eigenverantwortlich das Heft in die Hand zu nehmen.

Nachfolger von Gabriele Olivieri im Gemeinderat

Als Nachfolger rückt per 1. Januar 2024 **Jon Zehnder** nach.

Nachfolgend ein Kurzportrait:

Ab kommendem Januar ist es so weit: Ich darf für Gabriele Olivieri in den Gemeinderat nachrücken. Mit dieser Ausgabe der Limmatpost möchte ich die Gelegenheit nutzen, mich Ihnen etwas näher vorzustellen.

Zunächst der Steckbrief: Mein Name ist Jon Zehnder, ich bin 29 Jahre alt und habe beinahe mein ganzes Leben hier in Dietikon verbringen dürfen.



Beruflich arbeite ich bei der Helbling Technik als Entwicklungsingenieur, wo ich mich zurzeit mit Robotik Simulationen beschäftige. Während meinem Maschinenbaustudium an der ETH durfte ich in einem Studentenprojekt mit meinem Team ein elektrisches Rennfahrzeug entwickeln. Auch heute beschäftigt mich diese Rennserie noch, als Mitglied des OKs der Formula Student Switzerland.

Als Ausgleich neben dem Technischen bin ich seit Jahren Mitglied der Stadtmusik Dietikon, und bei

unseren Konzerten meist hinter den Timpani zu finden. Natürlich würde es mich sehr freuen, auch Sie bei einem unserer nächsten Konzerte zu sehen.

In der kommenden Legislaturperiode will ich unsere Stadt zu einem noch vielseitigeren und lebenswerteren Raum mitgestalten, der weit mehr als nur ein Wohnort ist. Ich will mich aktiv dafür einsetzen, dass nachhaltige Lösungen für Energie, Mobilität und Stadtplanung unterstützt und gefunden werden. Nun bleibt mir nur noch zu sagen, dass ich mich ungemein auf meine kommende Amtszeit freue: Auf viele spannende Gespräche, konstruktive Dialoge, und darauf, Dietikon weiter in die Zukunft zu bringen

Die Kraft im Zentrum

«In einer Parteienlandschaft mit stark polarisierenden Kräften ist eine ausgleichende Kraft nötig – sie ist Wegbereiterin für zukünftige Formen unseres Zusammenlebens.»

Möchten Sie an der Gestaltung unserer Stadt teilnehmen?

Wenden Sie sich an unsere Präsidentin
Otilie Dal Canton, Steinmürilstrasse 25, 8953 Dietikon,
Tel.: 079 629 51 58 E-Mail: otilie.dalcanton@bluewin.ch



Agenda



- 2. März 11.00 Uhr, Stamm im Rest. Krone
- 3. März Abstimmung
- 14. März 19.30 Uhr Politalk
- 6. April 11.00 Uhr, Stamm im Rest. Krone
- 1. Mai Maibummel (nach Möglichkeit)
- 4. Mai 11.00 Uhr, Stamm im Rest. Krone
- 16. Mai 19.00 Uhr Generalversammlung
- 23. Mai 19.30 Uhr Parteiversammlung



BERTANI

BAUGERÜSTE AG

Lauetstrasse 37, 8112 Otelfingen, Tel. 044 744 59 99, Fax: 044 744 59 98, www.bertani.ch, bertani@bertani.ch

J. Wiederkehr AG

Bauunternehmung

Dietikon

Poststrasse 27b, 8953 Dietikon

Telefon 044 744 59 79, Fax 044 744 59 78

Fachmännische und persönliche Beratung in sämtlichen Baufragen
Hoch- und Tiefbau Umbau Gerüstbau Fassadenrenovationen
Bohrarbeiten Kundenarbeiten

Wir sind in Ihrer Nähe.

Gerade, wenn mal etwas schief geht.

Generalagentur Limmattal
Stephan Egli
Kirchplatz, 8953 Dietikon
T 044 744 70 77
mobiliar.ch

die Mobiliar

Gerne informieren wir Sie nachfolgend über die 4 kantonalen Abstimmungen. Weitergehende Infos finden sie einerseits im Abstimmungsbüchlein aber auch auf dem Handy App «VotelInfo» oder mit Stichwortsuche im Internet. Bilder stammen auch aus dem Netz, um die Themen noch visuell zu unterstützen.

Änderung der Kantonsverfassung, Voraussetzungen für die Wahl an die obersten Gerichte



Bild Obergericht in Zürich

Weil Änderungen an der Verfassung dem obligatorischen Referendum unterstehen, muss der kantonale Souverän, also Sie liebe Abstimmende, den vom Kantonsrat teilweise bereits auf Gesetzesstufe beschlossenen Punkten, zustimmen. Da der Kantonsrat die Vorlage ohne

Gegenstimmen angenommen hat, sind nur wohlwollende Punkte erwähnt. Es geht um zusätzliche Voraussetzungen für die Wählbarkeit von Richterinnen und Richtern an die obersten kantonalen Gerichte; es geht um Ausnahmen von Wohnsitzpflicht und Amtsdauer.

Kantonsrat und Regierungsrat empfehlen ein JA!

Kantonale Volksinitiative zur Durchsetzung von Recht und Ordnung (Anti Chaoten Initiative)



Das Recht, für oder gegen etwas zu demonstrieren, sich zu versammeln und auf diese Weise deutlich und frei seine Meinung zu äussern, ist in den demokratischen Staaten in der Regel in der Verfassung fest verankert. (Schweizer Bundesverfassung: Art. 16 Meinungs- und Informationsfreiheit, Art. 22 Versammlungsfreiheit.)

Auch die DDR gewährte in ihrer Verfassung das Recht auf öffentliche Demonstrationen. In der Praxis aber blieben Versammlungen und Demonstrationen auf systemkonforme Kundgebungen begrenzt, die von der Partei oder anderen Regimeorganisationen inszeniert wurden und bei denen eine Teilnahme von der DDR-Bevölkerung erwartet wurde (etwa zum Tag der Arbeit). Das Recht auf freie Versammlung aber war den Menschen von Anfang an verwehrt. Nicht zuletzt der Volksaufstand am 17. Juni 1953, bei dem eine Million Menschen in der gesamten DDR gegen das Regime protestierten, bestärkte die Sozialistische Einheitspartei darin, das Demonstrationsrecht scharf zu kontrollieren. Dass das eigene Volk gegen die sozialistische Regierung auf die Straße gegangen war und dieser Aufstand des Volkes nur mit Hilfe sowjetischer Panzer niedergeschlagen werden konnte, sollte sich nie mehr wiederholen. Erst bei den Massenprotesten der Friedens- und Menschenrechtsbewegung im Herbst 1989 gelang es der Stasi zunehmend weniger, die Demonstrationen zu ersticken. Die Folgen sind uns bestens bekannt.

Mit diesem Einstieg möchte ich daran erinnern, dass wir der freien Meinungs-

äusserung z.B. durch Demonstrationen auch in unserer direkten Demokratie Sorge tragen müssen, unabhängig davon ob uns die Haltung der Demonstrierenden entspricht oder nicht. Denn eine Demokratie beweist sich daran, wie sie mit abweichenden Meinungen umgeht; auch unbequeme Meinungen müssen gehört werden.

Demonstrationen sind ein verbrieftes Recht, Chaotentum aber nicht. Die kantonale «Anti-Chaoten-Initiative» von der JSVP fordert deshalb, dass Polizeieinsätze im Rahmen von Demonstrationen, Kundgebungen oder illegalen Hausbesetzungen nicht den Steuerzahlerinnen und -zahlern zur Last fallen sollen. Auch die Kosten für Sachbeschädigungen im Rahmen solcher Vorfälle sollen nicht vom Staat, sondern von den Veranstalterinnen und Veranstaltern selbst, von Störerinnen und Störern und teilweise auch von blossen Teilnehmenden getragen werden. Zudem sollen Veranstaltungen wie Demonstrationen und Kundgebungen von einem gewissen Ausmass auf öffentlichem Grund stets bewilligungspflichtig werden. Diese Haltung der Initianten «wer die Kosten verursacht, soll dafür auch geradestehen» liegt den allermeisten von uns sehr nahe. Wie so oft in der Politik gibt es aber ein «Ja, aber»: Ja, VerursacherInnen von Schäden und Ausschreitungen sollen finanziell dafür aufkommen. Aber es dürfen keinesfalls Unschuldige in «Sippenhaft» genommen werden. Denn will ich wirklich an einer Demonstration teilnehmen, wenn ich damit das Risiko auf mich nehme, dass ich

schlussendlich für das Fehlverhalten von anderen DemonstrationsteilnehmerInnen finanziell belangt werde, nur weil ich meine Meinung öffentlich kundgetan habe? Das «Verursacherprinzip» auf alle Demonstrierenden ausweiten zu dürfen, unabhängig ob sie sich «daneben» verhalten haben oder nicht, birgt die Gefahr, dass der Staat mit seiner Gesetzgebung die Bürgerinnen und Bürger vom Demonstrieren abhält. Und das muss in einer Demokratie dringend verhindert werden.

Die Forderung der Initiative, die Auferlegung der Kosten von Sachbeschädigungen oder anderen Schäden im Rahmen von Demonstrationen und anderen Ver-



anstaltungen, kann bereits heute über den Zivilweg geltend gemacht werden, weshalb für eine zusätzliche Regelung im kantonalen Recht keine Notwendigkeit besteht. Auch kann die Polizei gestützt auf das geltende Polizeigesetz bereits gemäss den heutigen Regeln von den Verursachern eines Einsatzes, wenn diese vorsätzlich oder grobfahrlässig handeln, Kostenersatz verlangen. Um diese Kostentragungspflicht im Sinne der

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 3

Initianten aber trotzdem zu verschärfen, schlägt der Gegenvorschlag zur Initiative vor, dass Kosten für ausserordentliche Polizeieinsätze in Zukunft zwingend an die Verursacherinnen und Verursacher überbunden werden, sofern diese vorwiegend behandelt haben.

«Man muss Demonstrationen weder lieben, noch muss man an ihnen teilnehmen. Was man aber muss, ist erkennen, dass sie für einen lebendigen, demokratischen Rechtsstaat elementar sind» (Markus Müller, Professor für öffentliches Recht an der Universität Bern). Mit einem Nein zur Initiative und einem Ja

zum Gegenvorschlag tragen wir Sorge zur Meinungs- und Versammlungsfreiheit, indem wir nicht nur das Interesse der Demonstrierenden, sondern auch dasjenige der Nicht-Demonstrierenden berücksichtigen.

Catherine Stocker, Stadträtin

Initiative:

- Ja, weil Kundgebungsschäden nicht immer den Steuerzahlenden aufzubürden sind
- Nein, Bewilligungsinstanz für Kundgebungen bleibt unklar
- Nein, Personenkreis, der belangt werden soll, ist zu unpräzise. Die Umsetzung ist nicht möglich
- Nein, Umsetzung löst Anfechtungen aus, die in anderen Kantonen bereits erfolgreich waren

Kantonsrat und Regierungsrat empfehlen für die Volksinitiative ein NEIN!

Gegenvorschlag:

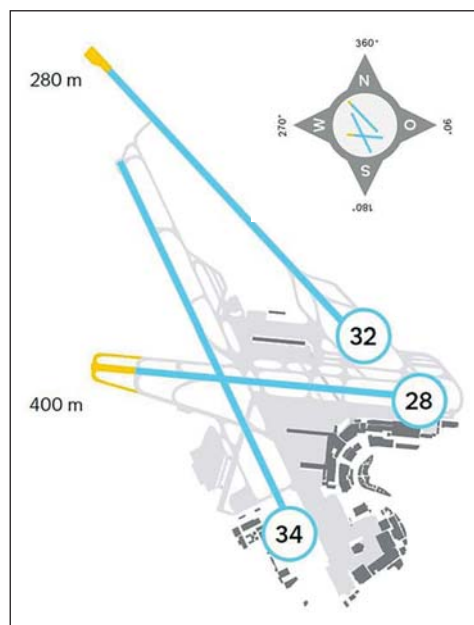
- Ja, weil Kundgebungsschäden nicht immer den Steuerzahlenden aufzubürden sind
- Ja, weil alle Gemeinden und Städte nun Kundgebungen bewilligen müssen
- Ja, weil Personenkreis, der zur Kasse geben werden soll, definiert ist

Kantonsrat und Regierungsrat empfehlen für den Gegenvorschlag ein JA!

Anmerkung der Redaktion:

Solche Abstimmungen sind für den Abstimmenden immer kompliziert, muss nun eine Antwort zur Initiative und eine Antwort zum Gegenvorschlag gegeben werden. Im Falle einer Annahme beider Vorlagen (Initiative und Gegenvorschlag), muss entschieden werden, welche Vorlage nun umgesetzt werden soll. Bei der dritten Frage ist sinnvollerweise diejenige anzukreuzen, die Sie vorgängig gewählt haben.

Pistenverlängerungen Flughafen Zürich (Weisung an die Staatsvertretung im Verwaltungsrat der Flughafen Zürich AG)



Mit der Verlängerung der Pisten 28 und 32 erhöht der Flughafen Zürich die Sicherheitsmargen und die betrieblichen Abläufe. Nachfolgend die Details zum Pistenausbau:

Die Piste 28 ist heute 2'500 Meter lang. Sie soll um 400 Meter Richtung Westen auf neu 2'900 Meter verlängert werden. Am Pistenende entsteht wieder ein Bremssystem (EMAS) von 170 Metern Länge.

Vorteile der Verlängerung sind:

- Verbesserung der Sicherheitsmarge durch Vermeidung allfälliger Overruns («Überschiessen der Pisten»)
- Steigerung Verfügbarkeit des Ostkonzepts bei verschiedenen Wetterlagen
- Häufigkeit der Betriebskonzeptumstellungen und damit Komplexität des Flugbetriebs wird reduziert
- Reduktion Verspätungen am Abend und somit weniger Flugbewegungen nach 23.00 Uhr
- Durch die Reduktion der Südanflüge nimmt die Zahl der vom Fluglärm betroffenen Personen ab

Die Verlängerung der Piste 28 führt aufgrund der bestehenden Geländehindernisse zu keiner Veränderung der Startstrecke.

Die Piste 32 ist heute 3'300 Meter lang. Sie soll um 280 Meter Richtung Norden auf neu 3'580 Meter verlängert werden. Die Verlängerung der Piste 32 ermöglicht am Abend in der Regel auch den schweren Langstreckenflugzeugen den Start, so dass ein Ausweichen auf die Piste 34 nicht mehr notwendig sein wird. Schwere Langstreckenflugzeuge, die am Dock E abgefertigt werden, können heute die nahegelegene kürzere Startpiste 32 nicht nutzen und müssen auf die längere Piste 34 ausweichen. Dabei müssen sie jedoch die Hauptlandepiste 28 gleich zweimal kreuzen: Einmal auf dem Weg zu Piste 34 und einmal beim Start selbst. Hinzu kommen zwei Kreuzungspunkte mit den Abrollwegen der Piste 28.

Vorteile der Verlängerung sind:

- Verbesserung der Sicherheitsmarge durch Eliminierung von Kreuzungspunkten am Boden
- Verkürzung der Rolldistanzen für Langstreckenflugzeuge ab Dock E
- Reduktion von Verspätungen am Abend

Die Pistenverlängerungen sind ein langfristiges Projekt. Baubeginn wird ca. im Jahr 2030 sein. Die Kosten werden sich auf rund CHF 210 Mio. für die Piste 28 und rund CHF 40 Mio. für die Piste 32 belaufen. Die Finanzierung erfolgt vollumfänglich durch die Flughafen Zürich AG.

Kantonsrat und Regierungsrat empfehlen ein JA!

Volksinitiative «für öffentliche Uferwege mit ökologischer Aufwertung»



Die Initiative verlangt, dass der Kanton dafür sorgt, dass See- und Flussufer freigehalten und der öffentliche Zugang sowie die Begehung erleichtert werden. Die Uferwege an Seen und Flüssen sind in der Regel am Land und möglichst nahe am Ufer zu führen. Unberührte und ökologisch wertvolle Ufer sind

ungeschmälert zu erhalten. Bei der Erstellung ist dem Natur- und Landschaftsschutz Sorge zu tragen und die Ufer sind ökologisch aufzuwerten. Weiter fordert die Volksinitiative, dass bis 2050 am Zürichsee, soweit er auf Kantonsgebiet liegt, ein durchgehender Uferweg erstellt wird. Die Finanzierung erfolgt durch den Kanton.

- **Ja**, weil Spazierwege entlang von Seen und Flüssen beliebt sind und diese Initiative die fehlenden Uferabschnitte verbindet
- **Ja**, weil heute verbaute Ufer bei der Erstellung der Uferwege naturnah aufgewertet werden müssen (Nistplätze für Vögel usw.)
- **Ja**, weil Verdichtung mehr Freiraum für die Bevölkerung braucht
- **Nein**, weil der Zugang zu den Ufern heute bereits ausreichend gesetzlich geregelt ist
- **Nein**, weil die Realisierung eines durchgehenden Seeuferwegs einen massiven Eingriff ins Privateigentum und die Eigentumsgarantie führen würde
- **Nein**, weil unverhältnismässige Kosten zwischen CHF 350 und 650 Mio. entstehen (Landerwerb zu Marktpreisen ...)

Die Meinung unserer Kantonsratsfraktion die Mitte:

Die Mitte Kanton Zürich anerkennt den Wunsch auf möglichst viel Zugang zu

den Naherholungsgebieten an den Zürcher Gewässern und stellt diesen nicht in Frage. Doch die vorliegende Initiative geht das Anliegen falsch an. Sie schadet der Natur, da für einen durchgehenden Seeuferweg wichtige Lebensräume von Tier und Pflanzen zerstört werden müssten. Dies kann die Mitte genauso wenig unterstützen, wie die unverhältnismässig hohen Kosten von mindestens einer halben Milliarde Franken. Ausschlaggebend ist ebenfalls die Verletzung des Eigentumsrechts, da für den Weg zahlreiche Grundstückseigentümer enteignet werden müssten. Die Mitte unterstützt die Vorlage daher nicht, ist aber jederzeit bereit, bei zielgerichteteren Projekten Hand zu bieten.

Und noch einige Fakten: Mit 26 Kilometern ist die Hälfte des Weges bereits gebaut. Auf weiteren 12,4 Kilometern bestehen Verbindungen auf dem Trottoir und nur auf 12,6 Kilometern bestehen noch Lücken. Um sie zu schliessen, sind Projekte in Planung, etwa in Richterswil, Wädenswil, Thalwil, Männedorf, Zollikon und Uetikon. Die Initiative fordert bis 2050 einen durchgehenden Uferweg. Diesem würden nun auch bestehende Naturschutz-Flächen zum Opfer fallen und deren ökologisches Gleichgewicht zerstören.

Deshalb gilt: Für Naturschutz, Eigentumschutz und gesunde Kantonsfinanzen - Nein zur unverhältnismässigen Seeuferweg-Initiative.

Der Zürichsee-Uferweg soll weiterentwickelt werden - aber mit gesundem Menschenverstand und nicht mit der Holzhammer-Methode

Kantonsrat und Regierungsrat empfehlen ein NEIN!



limmatpost



Redaktionsteam:

Reto Siegrist (rs)
Björge Hehner (bhe)
Johannes Felber (jf)

Layout:

Paul Gübeli

Inserate:

Marco Piller, Widmenhalde 4,
8953 Dietikon
043 317 81 92, mapiller@bluewin.ch

Versand:

Gabriele Olivieri

Druck: Abächerli Media AG, 6060 Sarnen

Auflage: 11'500

Erscheint: viermal jährlich

Kontakt: diemitte.dietikon@gmail.com

Perfektion aus Obwalden



Was immer Sie wünschen – Qualität garantiert.

Wir von der Abächerli Media AG sorgen für perfekte Printprodukte in HD-Qualität und bieten ein lückenloses Dienstleistungsangebot.

Abächerli Media AG

Industriestrasse 2
6060 Sarnen

Telefon 041 666 77 33
welcome@abaecherli.ch

www.abaecherli.ch



MIT UNS MACHT BAUEN SPASS!

Industriestrasse 40b
8962 Bergdietikon
Tel. 044 741 05 05

info@mario-casanova.ch
www.mario-casanova.ch

**Umbauen
Renovieren
Sanieren**

Was für ein Abschied – Gabriele Olivieri an seiner letzten, 247. Gemeinderatssitzung!

Der Limmattaler schrieb folgenden Text in der Ausgabe vom Samstag, 9.12.2023:

«20 Jahre scheinen eine lange Zeit zu sein, wenn man sie vor sich hat», sagte Gabriele Olivieri im Dietiker Gemeinderat. «Aber rückblickend sind sie so rasch verflogen.» Der Mitte-Gemeinderat, der 2003 ins Parlament kam, verabschiedete sich am Donnerstagabend von seinen Kolleginnen und Kollegen. «Ich danke dir für deine Verdienste und dein Engagement für Dietikon und insbesondere auch für Dietikerinnen und Dietiker mit Migrationshintergrund», sagte Gemeinderatspräsident Andreas Wolf (Grüne). Nicht zuletzt Olivieris Jahr als Gemeinderatspräsident, das genau mit dem Ausbruch der Coronapandemie im März 2020 startete, werde in Erinnerung bleiben. Denn wegen Corona seien viele schwierige Entscheide auf ihn zugekommen, die er allesamt mit Bravour gemeistert habe.



In 20 Jahren keine einzige Sitzung verpasst

«Du hast an 247 Gemeinderatssitzungen teilgenommen und so im wahrsten Sinne des Wortes viel Sitzleder bewiesen», sagte Wolf. Olivieri ergänzte in seiner Abschiedsrede, dass er keine einzige Sitzung verpasst habe. «Ich danke Gott für die Gesundheit und meiner Frau, die mit vollem Verständnis die Familienagenda immer dem Sitzungskalender des Gemeinderats angepasst hat.» Ihm sei von Anfang an klar gewesen, dass er politisch eher ein Hinterbänkler sei. Umso mehr habe er versucht, immer nach bestem Wissen und Gewissen abzustimmen und die Leute, die ihn gewählt haben, zu vertreten. Mit Gabriele Olivieri nimmt nicht nur einer der altgedientesten, sondern auch einer der am elegantesten gekleideten Gemeinderäte seinen Hut: «Es kann altmodisch erscheinen, dass ich immer in Schale und Krawatte gekommen bin. Aber es geht mir darum, das Amt zu ehren», erklärte er.

Dankesworte der Fraktion und politischen Freunden

Josef Wiederkehr

Gabriele durfte ich während einiger seiner zwanzigjährigen Tätigkeit im Dietiker Gemeinderat begleiten. Er war nicht nur vorbildlich bezogen auf die Präsenz, sondern war auch immer mustergültig vorbereitet auf die Sitzungen. Vielleicht mit ein Grund warum er sich nicht so rasch aus der Ruhe bringen liess und immer anständig und gesittet blieb, auch wenn die Wogen einmal hoch schlugen. Herzlichen Dank für den jahrelangen aktiven Einsatz zu Gunsten der gelebten Demokratie und dem Wohle Dietikons!

Patrizia Hüsser-Iuliano

Danke Gabriele, für Deine wohlwollende Art! Mit Deiner Erfahrung und Deiner freundschaftlichen Unterstützung hast Du mir den Einstieg in die Politik erleichtert. Danke schön, und alles Gute für Deine Zukunft!

Martin Christen

Gabriele war bereits ein altgedientes Mitglied, als ich im Sept. 2016 in den Gemeinderat eintrat. Ich habe Gabriele vor

allem durch die gemeinsame Arbeit in der GPK kennen und schätzen gelernt. Anfang der 2000er begann der neue SVP-Politstil seine Wirkung zu entfalten. Trotzdem hat Gabriele all die Jahre in seiner ruhigen und respektvollen Art politisiert. Integration war ihm ein Hauptanliegen. Er liess sich von der rauen Gangart der SVP nie unterkriegen. Die christlichen, und die Werte der CVP/Die Mitte, waren seine Wegweiser.

Danke für 20 Jahre Einsatz für Die Mitte und Dietikon.

Beda Felber

Ich möchte Dir danken Gabriele für Deine Erfahrung im Gemeinderat, die Du mit uns geteilt hast. Deine besonnene und sachliche Sicht auf Angelegenheiten in Dietikon war an unseren Sitzungen stets eine Stütze. Wir werden versuchen, Deine Haltung mit derselben Bestimmtheit weiterzutragen.

Otilie Dal Canton

Lieber Gabriele, 20 Jahre Gemeinderat was für eine Leistung – Bravo! Deine

engagierte Arbeit und Hingabe haben massgeblich zur Entwicklung und Gestaltung unserer Stadt beigetragen.

Ich schätze Deine Fähigkeiten, Deine Leidenschaft für die Belange der Bürger und Bürgerinnen und die Zusammenarbeit im Gemeinderat, auch als Kollege, der immer eine Antwort bereit hat und immer unterstützend und hilfsbereit. Ich wünsche Dir für Deine zukünftigen Vorhaben alles Gute und geniesse die Zeit mit Lionella. Danke für alles Gabriele!

Reto Siegrist

Lieber Gabriele, was für eine Zeit mit Dir! Der Grandseigneur des Gemeinderats, den ich als Gemeinderat alles Fragen konnte. Du bist ein wandelndes Lexikon. Du kanntest alle Vorstösse, die in den letzten 20 Jahren eingereicht wurden und konntest immer interessante und wertvolle Hinweise machen.

Gabriele liebt Menschen und er lebt und lebte nach dem «4M» Motto: «man muss Menschen mögen». Immer hat er das Gute im Menschen gesehen. Im Präsidentschaftsjahr habe ich von Dir die besten Reden gehört; tiefgründig, zuhörerbezogen, perfekt! Herzlichen Dank für all Dein Geleistetes und Deine Freundschaft! Alles Gute auch an Lionella

Catherine Stocker Mittaz

Zuverlässig, engagiert, selbstlos, «fast alles wissend» über die Gemeinderatsgeschäfte der letzten 20 Jahre – so wirst Du mir in Erinnerung bleiben. Dietikon und die ganze Welt brauchen mehr Menschen wie Dich! Vielen herzlichen Dank dafür und auf viele weitere Begegnungen!



Gemeinderats News



An der Gemeinderatssitzung vom **Donnerstag, 5. Oktober 2023** wurde bestimmt, dass eine Spezialkommission die beiden grössten Geschäfte 2024,

nämlich die Teilrevision der Bau- und Zonenordnung für das Gebiet Silberm-Lerzen-Stierenmatt sowie die Totalrevision der Bau- und Zonenordnung, behandeln soll, um die beiden Kommissionen RPK und GPK nicht zusätzlich zu belasten.

Die nachfolgend genannten Personen werden einstimmig vom Gemeinderat in diese Kommission entsandt: Von der SVP Markus Erni, Thomas Gartmann und Martin Keller; von der SP/AL Ernst Joss und Kerstin Camenisch, von der Mitte Patrizia Hüsser-Juliano und Beda Felber; von der FDP Lea Sonderegger; von der EVP Manuela Ehmann; von den Grünen Andreas Wolf; von der GLP Muriel Pestalozzi und von GAMFA Max Bodenmann.

Weiter trat Claudia Stüssi, SVP, als Mitglied der Sozialbehörde zurück. Sie wurde von Cornelia Graf, SVP, ersetzt Kerstin Camenisch SP, hat eine Interpellation mit dem Namen: Umsetzung der flankierenden, verkehrsberuhigenden Massnahmen zur Limmattalbahnerstellung, eingereicht. Der Stadtrat hat nun drei Monate Zeit, diese zu beantworten.

Die Gemeinderatssitzung vom **Donnerstag, 2. November 2023** beinhaltete die Gemeinderätliche Fragestunde und einen kleinen Skandal, dazu später.

Für die Fragestunde reichte Die Mitte 8 Fragen ein, die alle kompetent beant-

wortet wurden. Total wurden 24 Fragen eingereicht. Nach einer Stunde wechselte der Gemeinderatspräsident Andreas Wolf zu den übrigen Traktanden. Der Verlauf der nachfolgenden Verhandlung ist Audioprotokoll würdig, denn der «kleine Skandal» fand in der zweiten Sitzungshälfte statt. Im Audioprotokoll kann man diese Wortmeldungen nach hören.

Zu finden unter:
<http://www.dietikon.org/verbalix/>

Nun zum (aus meiner Sicht) «kleinen Skandal»: Es ist die Arbeitsverweigerung des Gemeinderats zu diesem Thema. Alles der Reihe nach: Die Mitte und die FDP haben zusammen 4 Postulate und 1 Interpellation zum Thema Littering, illegale Abfallentsorgung und höheren Bussen eingereicht. Themen, die die Bevölkerung bewegen. Der Stadtrat wollte 3 Postulate übernehmen. Der Gemeinderat hat dies leider vereitelt, in dem er die Postulate letztlich ablehnte. Der Gipfel war die Argumentation, denn es war dem Gemeinderat wichtiger, weniger Vorstösse zu einem leider noch nicht in den Griff bekommenen Problem einzureichen als das Problem tatsächlich anzugehen und endlich zu lösen. «Den Vogel abgeschossen» hat dann Sven Johannsen von der GLP, der den Antrag stellte: keine weitere Diskussion mehr zum Thema! Der Rat folgte diesem Antrag, was aus meiner Sicht einer Arbeitsverweigerung gleichkommt. Ich will an dieser Stelle nicht über Ratskollegen urteilen – persönlich denke ich aber, dass dies keine Sternstunde des Gemeinderats von Dietikon war. Wie erwähnt, im Audioprotokoll können sie den Verlauf der Sitzung nachhören. Persönlich bin ich froh, dass die Interpellation be-

treffend höhere Bussen durch den Stadtrat beantwortet werden muss. So bleibt das Thema auf der Traktandenliste.

Die letzte Gemeinderatssitzung im Jahr gehörte dem Budget und seiner Genehmigung. Sympathisch ist auch, dass am Schluss der Sitzung der Gemeinderat allen anwesenden Personen einen Apéro offerierte. Nun zur Sitzung: Der Stadtrat beantragte mit Beschluss vom 26.9.2023 dem Gemeinderat die Genehmigung des Budgets 2024 mit einem Aufwandüberschuss von CHF 973'800.00 und einem Steuerfuss von 123%. Da sich seit dem ersten Semester 2023 die Teuerung auf rund 1.5% reduzierte, stellte der Stadtrat noch den Antrag, den Teuerungsausgleich von ursprünglich 2.2% auf 1.6% für alle städtischen Mitarbeitenden zu reduzieren. Dieser Antrag wurde vom Rat bewilligt, was das Defizit auf rund CHF 550'000 reduzierte. Das entspricht bei einem Aufwand von rund CHF 260 Mio. einer roten Null. Die Stadt hat somit kein strukturelles Defizit.

Der Gemeinderat genehmigte noch zwei Anträge und bestätigte das Budget im Anschluss mit 31 Ja-Stimmen und einer Enthaltung. Weiter an dieser Sitzung wurden noch die Bauabrechnungen für den Generationenpark mit Pumprack bei der Allmend Stadthalle und der Neubau des Doppelkindergarten Gjuch vom Gemeinderat einstimmig genehmigt. Als Abschluss der Sitzung wurden die scheidenden Gemeinderäte Gabriele Olivieri, Michael Segrada und Damian Biffiger feierlich verabschiedet.

Ottilie Dal Canton, Gemeinderätin
Parteipräsidentin Die Mitte

Mit Ihrem Beitrag helfen Sie mit, dass die Limmattpost weiterhin erscheinen kann (E-Banking oder am Postschalter)

<p>Empfangsschein</p> <p>Konto / Zahlbar an CH73 0900 0000 8006 0288 2 Die Mitte Dietikon Limmattpost 8953 Dietikon</p> <p>Zahlbar durch (Name/Adresse) ┌ └</p> <p>Währung Betrag CHF ┌ └</p> <p>Annahmestelle</p>	<p>Zahlteil</p>  <p>Währung Betrag CHF ┌ └</p>	<p>Konto / Zahlbar an CH73 0900 0000 8006 0288 2 Die Mitte Dietikon Limmattpost 8953 Dietikon</p> <p>Zusätzliche Informationen Unterstützungsbeitrag Limmattpost</p> <p>Zahlbar durch (Name/Adresse) ┌ └</p>
---	--	--



Dorfgeschichten

Das besondere Buch. Es gibt bekanntlich unterschiedlichste Methoden und verschiedene Orte, wo und wie man seine Sorgen und sein Leid klagen und auf Hilfe hoffen kann. In die Nebenkapelle der St. Agathakirche im Zentrum von Dietikon kommen stets viele Menschen um zu bitten und um zu beten. Andere aber schreiben dort ihre Anliegen in das aufliegende Buch. Dieses anonyme Schreiben kann vielen geplagten Menschen das Herz erleichtern.



Schreiben kann die Funktion eines Therapeuten ersetzen, indem es die Klagen und Wünsche vertieft. Diese Art der Auseinandersetzung mit sich selbst kann seelische Erleichterung bringen. Die Bucheinträge zeigen die vielfältigsten Probleme, unter welchen Menschen leiden können. Da wird von Schulnöten erzählt, andere klagen über arge Geldnöte, Unfrieden in der Familie, Schwierigkeiten im Beruf, Unverständnis bei Mitmenschen, Einsamkeit im Alter, schweren Erkrankungen oder dem Sterben von geliebten Menschen. Erstaunlich ist die Vielfalt der Sprachen und der Schriftzeichen. Sie zeugen von den verschiedensten Herkunftsn unserer Stadtbewohner. Gut zu wissen, dass es hier einen Ort gibt, den jedermann, ob jung oder alt, reich oder arm, religiös oder nicht, ohne Bezahlung, ohne Voranmeldung und ohne in die Abhängigkeit

von Menschen zu geraten, aufsuchen kann. Die Stille, das gedämpfte Licht im Raum helfen mit, für eine Weile nachzudenken, sich zu beruhigen und etwas Trost zu finden.

Korrigenda für eine andere Zeitung, die regelmässig in den Briefkästen landet....In der letzten Ausgabe wurde unter der Rubrik «s'Schändli-Eggli» der Bau einer grossen Liegenschaft der Baugenossenschaft Schächli erwähnt. Fakt ist, dass diese Überbauung nicht auf im Baurecht abgegebenen Land der Stadt steht. Die erwähnten hohen Mietzinse durch Preiserhöhungen in der Coronazeit und Einsprachen entstanden sind. Diese Einsprachen wurden, dem Frieden zuliebe und nicht dem Recht geschuldet, umgesetzt. Auch Baugenossenschaften können bei gleichem Standard nicht günstiger bauen. Wesentlich ist, dass die Kostenmiete zur Anwendung kommt und nicht die Marktmiete. „Die Schächli“ steht für die Kostenmiete! Wir sind gespannt, zu welchen Mietzinsen zukünftige Investoren aus der Klientel der Zeitung «das Limmattal» Neubauten auf den Markt bringen.

Italienische Tradition in Dietikon - Unscheinbar, versteckt in einer Garage an der Hätschenstrasse 23, war im Dezember 2023 die Weihnachts-

krippe von Francesco D'Amico zu bewundern. Mit Liebe zum Detail ist es dem Künstler zum dritten Mal gelungen eine weihnachtliche Atmosphäre zu schaffen. Die süditalienische Tradition des Krippenbaus erhält durch sein Engagement einen Platz in Dietikon. Das freut die zahlreichen Besucher, die darauf hoffen, dass auch im Jahr 2024 wieder ein apulisches Bergdorf in Dietikon zu finden ist. Grazie mille, Maestro D'Amico.

Die Wette gilt

Zum Dritten, zum Vierten und zum Letzten!
Hier eine Wette von einem Verletzten.
Ein Wunsch, kein Gelübde, eine Idee,
anstossen auf Neujahr mit Punsch oder Tee.

Jahr vierundzwanzig bitte ohne Stress,
das ist sehr gefährlich, man sagt es, yes.
Bei mir, der vierte Schuss vor den Bug,
eben der Letzte, mehr als genug.

Reto, auch Limmatpost-Boss,
verlängere die Frist ein wenig bloss
bis nach dem «Mitte»-Neujahrsapéro.
In wenigen Tagen ist der ja scho.

Zum Voraus DANKE, ich bleibe dran.
Wie heisst es doch, ein Wort ein Mann.
Das soll auch im neuen Jahr gelten,
ich lüge wenig oder selten.

Die Einladung zum Neujahrsapéro
hab ich schon ziemlich lang becho.
Die Präsidentin macht uns allen klar,
die Sternsinger singen auch dieses Jahr.

Überrascht hat die Gästeliste.
Auf der Einladung da liste
Nationalrätin Bürgin und Kutter Philipp,
von ihm, über ihn bekommt man alles mit.

Sein Unfall, sein Schicksal berührt mich sehr,
wie er zurückkam, jedoch noch viel mehr.
Dank Kraft, Mut, Energie, guten Geister(n),
bietet er dem Schicksal den Meister.

Sein Umfeld, Familie, alles stimmt,
man noch den unbändigen Willen nimmt,
jetzt kann es ein solches Comeback geben
und Gottvertrauen braucht es daneben.

Eine Wette wie oben braucht er nicht,
die ist nur ein «Spieli» für mein Gedicht.
Doch mit Unterstützung jeglicher Art,
wird hoffentlich bei ihm nicht gespart.

Der Neujahrsapéro ist Geschichte.
Ein Grossefolg, ich danke und berichte:
Zuerst Otilie für den Event,
Lionella's Catering toll, wie man's kennt,

den vielen Besuchern und Helfern auch,
ein gelungener Anlass, ein schöner Brauch.
Zum Schluss nochmals «happy New Year»,
bis in einem Jahr, das wär's ungefähr.

Schimmel

Abstimmungen vom 3. März 2024

Empfehlungen «Die Mitte» Kt. Zürich
«Die Mitte» Dietikon siehe Tageszeitungen



Eidgenössische Vorlagen

1. Volksinitiative vom 28. Mai 2021 «Für ein besseres Leben im Alter (Initiative für eine 13. AHV-Rente)» (BBl 2023 781) **Nein**
2. Volksinitiative vom 16. Juli 2021 «Für eine sichere und nachhaltige Altersvorsorge (Renteninitiative)» (BBl 2023 1520) **Nein**

Kantonale Vorlagen

1. Verfassung des Kantons Zürich, Änderung vom 25. September 2023; Voraussetzungen für die Wahl an die obersten kantonalen Gerichte) **Ja**
2. A. Kantonale Volksinitiative zur Durchsetzung von Recht und Ordnung («Anti-Chaoten-Initiative») **Nein**
B. Gegenvorschlag des Kantonsrates vom 11. September 2023 **Ja**
3. Kantonale Volksinitiative «Für öffentliche Uferwege mit ökologischer Aufwertung» **Nein**
4. Beschluss des Kantonsrates über die Genehmigung der Weisung des Regierungsrates an die Staatsvertretung im Verwaltungsrat der Flughafen Zürich AG (Verlängerung der Pisten 28 und 32 / Umsetzung der Sicherheitsvorgaben aus dem SIL und Verbesserung der Stabilität des Flugbetriebs) **Ja**